

sivierte Handels- und Verkehrskooperation wurde nach der Invasion der „Bruderländer“ allerdings wieder gedrosselt. Zum neuen Impulsgeber wurde kurz darauf die Ostpolitik der Regierung Brandt – auch wenn die Verhandlungen über ein langfristiges bilaterales Handelsabkommen und generell über die Normalisierung der politisch-diplomatischen Beziehungen sich als relativ kompliziert und langwierig erwiesen: In einer Phase relativ geringer Handlungsspielräume der „normalisierten“ Tschechoslowakei wirkten die Forderung nach Annullierung des Münchener Abkommens und die unterschiedliche Bewertung des völkerrechtlichen Status von Westberlin als Hemmschuhe. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1973/74 zeitigte dann aber ohnehin nur mehr relativ geringe handelspolitische Folgewirkungen, geringere jedenfalls als die Einrichtung der ständigen Handelsvertretungen ein halbes Jahrzehnt zuvor.

Bewirkten Phasen der politischen Entspannung auch eine Belebung der Wirtschaftsbeziehungen, so trifft der Umkehrschluss nicht zu: Ungeachtet der politischen Spannungen wurden die Handels- und Verkehrsbeziehungen gepflegt. Gemessen an der Vorkriegszeit war, wie J. betont, der Umfang des Warenaustauschs, obwohl langfristig wachsend, eher gering. Der prozentuale Anteil der Tschechoslowakei am westdeutschen Außenhandel bewegte sich im mittleren einstelligen Bereich, während die ČSR/ČSSR in der Liste der Ost-Handelspartner der Bundesrepublik auf Platz vier, hinter der UdSSR, China und Polen, platziert war. Damit wird die These von der Präponderanz langfristiger ökonomischer Strukturen über die kürzerfristigen politischen Konjunkturen letztlich doch nicht unerheblich relativiert. Auf unterschiedliche Ebenen und Sektoren der Ost-West-Beziehungen trifft dies allerdings in unterschiedlichem Ausmaß zu: Das größte Loch im Eisernen Vorhang tat sich auf dem Wasserweg auf; die Elbschiffahrt war nicht einmal zur Zeit der Berlin-Blockade unterbrochen. Zwar zog die Sowjetisierung der tschechoslowakischen Wirtschaft, speziell die der Außenwirtschaftsbeziehungen, eine prinzipielle Umorientierung auch der Exportwege der ČSR/ČSSR auf die Ostseehäfen im sowjetischen Machtbereich nach sich. Rostock und Stralsund, Szczecin und Gdynia konnten Hamburg als den neben Rijeka bedeutendsten tschechoslowakischen Umschlagsplatz außerhalb des Ostblocks jedoch niemals ersetzen. Bereits Mitte der fünfziger Jahre erreichte das Volumen der tschechoslowakischen Ausfahrten über Hamburg wieder das Vorkriegsniveau. Als Kuriosum der Wirtschaftsgeschichte ist hier zu verbuchen, dass zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Wende von 1989 auf der Elbe ein völkerrechtlich vertragsloser Zustand herrschte – dass das Fehlen einer internationalen Schiffsfahrtsakte der grenzüberschreitenden Elbeschifferei anscheinend jedoch keinen Abbruch tat.

Zu Recht warnt der Autor davor, die Löcher im Eisernen Vorhang als Indizien einer Annäherung im Sinn der Konvergenztheorie zu verstehen. Der große qualitative Sprung fand erst nach 1989, im Zuge der Transformation statt. Der Endpunkt der Rückkehr in den Westen war erst mit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union im Jahr 2004 erreicht.

Salzburg

Christoph Boyer

GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Hrsg. von Helmut Altrichter unter Mitwirkung von Elisabeth Müller-Luckner. (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 61.) Oldenbourg Verlag. München 2006. XXII, 326 S., s/w Abb. (€ 49,80.)

Der vorliegende Band versammelt die Beiträge des von Helmut Altrichter ausgerichteten Kolloquiums im Historischen Kolleg 2002. Gegenstand des Sammelbandes ist der Stellenwert von Geschichte in öffentlichen Diskursen im östlichen Europa in den 1980er und 1990er Jahren. Im Zentrum stehen Geschichtspolitik, Historiographie und Denkmäler, dagegen kommt Vergangenheitspolitik nur an wenigen Stellen, etwa zur Tschechoslowakei, in den Blick. Die regionale Spannweite von Estland im Norden bis nach

Bulgarien im Süden sowie zwischen Sowjetunion, Transnistrien und DDR ist zweifelsohne imposant, auch wenn man eine Betrachtung Finnlands in diesem Kontext vermissen kann. Ein generelles Problem bei diesem Thema liegt allerdings in der kurzen Halbwertszeit aktueller Informationen, wie etwa bei einem Blick auf Polen oder Estland unschwer zu erkennen ist. Fehlende Aktualität muss freilich nicht zwangsläufig die Analyse längerwirkender Entwicklungslinien entwerten, aber vielleicht hätte die Dynamik geschichtspolitischer Entwicklungen zu Beginn des 21. Jh.s doch in der Einführung problematisiert werden können. Diese konzentriert sich nur auf die Phase der *Perestroika* und die Umbruchphase von 1989 bis 1991 und vermittelt den Eindruck, damit sei bereits der gesamte Problemzusammenhang abgesteckt.

Die Beiträge lassen deutliche Bedeutungsunterschiede von Geschichte als Argument in öffentlichen Diskursen hervortreten: In einigen Gesellschaften werden aus der Geschichte die zentralen Koordinaten für den Gesellschaftswandel hergeleitet. Für Estland verweist Karsten Brüggemann zunächst auf die Nationalisierung estnischer Geschichte seit der späten Sowjetzeit, an deren Stelle mittlerweile eine weitreichende Pluralisierung getreten ist. Trotz den teils heftigen Diskussionen über den Stellenwert des Holocaust im kollektiven Gedächtnis der Esten und über ethnische Differenzen in den Geschichtsbildern konstatiert Brüggemann heute Ansätze zu einer europäischen Normalität, da die gesellschaftliche Bedeutung von Geschichte mittlerweile rückläufig sei. Zu einem ähnlichen Befund für Litauen kommt Alvydas Nikžentaitis, der den sowjetischen Skulpturenpark in Grūtas, neue Denkmäler und Feiertage betrachtet und auch auf die Rolle litauischer Historiker in der Abkehr von einem ethnozentrischen *master narrative* eingeht. Ulrike von Hirschhausen spricht für Lettland von einer „Denkmalschlacht“, ohne jedoch deutlich zu machen, was diese Bezeichnung rechtfertigt. Auch ihre abschließende Feststellung, Lettland befinde sich auf dem Weg in eine westlich orientierte Bürgergesellschaft, lässt sich kaum aus ihrer Argumentation herleiten. Für die Ukraine betrachtet Wilfried Jilge zunächst die Rolle nationaler Traditionen in sowjetischer Zeit und geht dann auf die vielbeschworenen „weißen Flecken“ ein. Er hebt hervor, dass die Konstruktion nationaler Geschichtsbilder zunächst auf sowjetischen aufbaute, deren Einflüsse dann jedoch unkenntlich gemacht wurden.

Für die Nationen im Zentrum Ostmitteleuropas sind die Anfänge des gesellschaftlichen Wandels deutlich vor 1989 auszumachen. So verweist Claudia Kraft zu Polen auf Entwicklungslinien in den Geschichtsdiskursen, die bis in die 1960er Jahre zurückreichen. Im Lichte der Diskussionen in jüngster Zeit würde man vielleicht jedoch einerseits die Bedeutung der Jedwabne-Debatte und andererseits die vergangenheitspolitischen Auseinandersetzungen stärker betonen müssen. Für die Tschechoslowakei führt Hans Lemberg aus, dass dort die Zäsur von 1968 für die Entwicklung historischer Diskurse wichtiger war als die „samtene Revolution“. Die Separierung der Geschichtsbilder mit der Trennung der Tschechoslowakei in zwei Staaten sei – anders als es man im Kontext von Geschichtspolitik im östlichen Europa hätte erwarten können – weitgehend unproblematisch verlaufen, da die tschechoslowakische Geschichtsauffassung schon zuvor brüchig geworden war. Attila Pók macht zu Ungarn deutlich, dass hier der „Gegen“-Begriff des Titels eine besondere Rolle spielte: Der offiziellen Darstellung von 1956 als „Gegenrevolution“ wurde eine nationale Gegenerinnerung entgegenstellt, die das Regime Kádárs delegitimieren sollte. Der Bogen der nationalen Geschichtsdiskurse seit 1989 spannte sich von der Krone im Staatswappen über Trianon bis zum Gedenken an die Opfer von 1956, ohne dass man jedoch von einer Dominanz historischer Wahrnehmung über aktuelle politische Fragen sprechen könne.

Im Fall Bulgariens ist nicht nur von einer Renationalisierung, sondern auch von einer Remonarchisierung zu sprechen, wie Markus Wien zeigt, der sich insbesondere mit der Rolle Simenons II. in der bulgarischen Politik beschäftigt. Bogdan Murgescu legt für Rumänien dar, dass es eine institutionelle Geschichtswissenschaft in der Zeit Ceaușescus praktisch nicht gegeben hat. Seit 1989 sei daher vor allem die Freiheit in Forschung und

Geschichtsschreibung zu betonen, und vor diesem Hintergrund seien Kontroversen zwischen nationalen und europaorientierten Historikern von nachrangiger Bedeutung.

Neben diesen Beispielen, wo Rückgriffe auf nationale Geschichten auf große öffentliche Resonanz stießen, gibt es auch entgegengesetzte Fälle: Rainer Lindner führt zu Weißrussland aus, dass in der Deutungskonkurrenz nationaler und (post-)sowjetischer Interpretationen sich letztere seit 1996 durchgesetzt haben und die nationale Perspektive von Präsident Lukašenka systematisch demontiert wurde. Vasile Dumbrava stellt für Moldova den Kampf zwischen Anhängern der rumänischen und der moldavischen Orientierung heraus und zeigt, dass sich dieser Konflikt in Schulbüchern, Feiertagen und Denkmälern spiegelt.

Im Falle Kroatiens und Transnistriens schließlich wird die Rezentheit von Geschichtskonstruktionen unterstrichen. Iskra Iveljić spricht für Kroatien von einer Erfindung nach 1990, die sich vor allem aus der Abgrenzung von jugoslawischer Geschichte speiste, und Stefan Troebst zeigt zur Transnistrischen Moldawischen Republik, dass es keinen relevanten Diskurs gibt, der vor das Jahr 1992 zurückreicht. Die Betonung von Polyethnizität zeigt sich hier als ein Erbe sowjetischen Geschichtsdenkens.

Es fällt auf, dass sich die Beiträge zur Sowjetunion bzw. Russland, Jugoslawien und der DDR von den bislang betrachteten Fällen abheben. Joachim Höslers Beitrag, der die sowjetische Ausgangssituation in den 1980er Jahren rekonstruiert, macht deutlich, dass die spätsowjetischen Debatten (ebenso wie das von Altrichter ausführlich analysierte Bild Glazunovs über 100 Generationen in der russischen Geschichte) bereits dem Plusquamperfekt zuzuordnen sind. Zu fragen wäre allerdings, welche Wirkung die offiziellen Geschichtsbilder der Putin-Ära (etwa die Einführung des *Den' Narodnogo Edinstva* am 4. November) auf die russländische Gesellschaft wie auch auf die Nachbarn ausüben. Der Beitrag von Carl Bethke und Holm Sundhaussen, der zu Jugoslawien gegen die Vergeschichtlichung der Gegenwart polemisiert, sowie Rainer Eckerts Blick auf die Erforschung der DDR-Geschichte zeigen dagegen prinzipielle Bedenken, sich mit Geschichtsdiskursen genauer zu beschäftigen.

Ohne jeden Zweifel gibt der Band einen über weite Strecken sehr instruktiven Überblick über die osteuropäischen Geschichtsdiskurse in den 1990er Jahren. Gerade die Defizite der zuletzt genannten Beiträge zeigen, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn der Band auch den Aspekt der transnationalen Verflechtung (etwa zwischen Russland und den baltischen Nationen) genauer betrachtet und die Frage nach der Relevanz historischer Argumentationsmuster auch in vergleichender Perspektive gestellt hätte.

Stettin – Chicago

Jörg Hackmann

Die Tschechen und ihre Nachbarn. Studien zu Schulbuch und Schülerbewusstsein. Hrsg. von Heidrun Dolezel und Andreas Helmedach. (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Bd. 113.) Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover 2006. 285 S. (€ 22,-.)

Im Vergleich zu den deutsch-polnischen Beziehungen haben im deutsch-tschechischen Verhältnis Schulbuchgespräche und -analysen lange Zeit einen geringeren Stellenwert eingenommen. Zwar sind die Anfänge einer diesbezüglichen Kooperation bereits auf das Jahr 1967 zu datieren, aber die nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ in der ČSSR beginnende „Normalisierung“ setzte weiteren gemeinsamen Tagungen und Veröffentlichungen bis zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit 1988 schnell ein Ende. 1980 erschien immerhin ein Band zur deutsch-tschechischen Schulbuchliteratur und zum populären Geschichtsbild, der auf Beiträgen zweier Konferenzen der Historischen Kommission der Sudetenländer beruhte. Diese ist – inzwischen unter dem Namen „Historische Kommission für die böhmischen Länder“ – in diesem Bereich auch heute noch aktiv: So stellt sie die meisten Mitglieder der deutschen Sektion der 2002 gegründeten Gemeinsamen Deutsch-Tschechischen Schulbuchkommission, und im Jahre 2003 veranstaltete sie in Zusammenarbeit mit dem Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung eine